

## **SÄA-5 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

1 **NEU**

2 **Abschnitt I: Aufgabe, Mitgliedschaft und Mitarbeit**

3 ...

4 **§ 8 Ordnungsmaßnahmen**

5 ...

6 (2) Ordnungsmaßnahme gegen **Kreisverbände** und innerparteiliche Vereinigungen ist  
7 deren  
Auflösung.

8 ...

9 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

10 **§ 9 Die Kreisverbände**

11 (1) **Ein Kreisverband** hat mindestens drei Mitglieder. **Sein** Tätigkeitsgebiet  
12 umfasst den  
13 jeweiligen Bezirk des Landes Berlin. Die **Kreisverbände** können weitere  
Untergliederungen  
bilden.

14 (2) Die **Kreisverbände** tragen den Namen „Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin“ zuzüglich

15 des Namens  
des Bezirks. Weitere Namensteile sind möglich.

16 (3) Die **Kreisverbände** sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom, sofern sie  
17 nicht gegen  
18 die politischen Grundsätze und Programme von Bündnis 90/Die GRÜNEN verstoßen. Sie  
19 können  
20 sich für die Regelung ihrer Angelegenheiten eine Satzung sowie eine Wahl- und  
Geschäftsordnung geben, sonst gilt die Wahl- und Geschäftsordnung der  
Landesmitgliederversammlungen/Landesdelegiertenkonferenzen.

21 (4) Die **Kreisverbände** wählen einen Vorstand. Er vertritt **den Kreisverband** nach  
22 außen,  
23 koordiniert die Arbeit **des Kreisverbandes** und übernimmt alle anderen **vom**  
24 **Kreisverband**  
25 übertragenen Aufgaben. Er umfasst mindestens drei Personen. Ein Mitglied des  
Vorstandes ist  
als Finanzverantwortliche\*r zu benennen. Ein Mitglied des Vorstandes wird für die  
Beurkundung von Wahlvorschlägen nach den Wahlgesetzen benannt.

26 (5) Die **Kreisverbände** tagen als Mitgliederversammlungen, in der Regel mindestens  
27 einmal im  
28 Monat. Zu den Versammlungen sind die (Probe-)Mitglieder, die freien  
29 Mitarbeiter\*innen sowie  
Amts- und Mandatsträger\*innen aus dem Bezirk einzuladen. Beschlüsse werden mit  
der Mehrheit  
der anwesenden Mitglieder gefasst.

30 (6) **Der Kreisverband** entscheidet insbesondere über

31 a) die den Bezirk betreffenden politischen Fragen,

32 b) **seine** politischen Aktivitäten im Bezirk,

33 c) Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und die Gremien des  
Bundesverbandes,

34 d) Verlangen nach Einberufung einer Landesmitgliederversammlung,  
35 Landesdelegiertenkonferenz,  
Bundesdelegiertenkonferenz oder Durchführung einer Urabstimmung,

36 e) den Haushalt **des Kreisverbandes**,

37 f) die Aufstellung von Kandidat\*innen für die Wahl zur BVV und die Aufstellung

38 von  
39 Direktkandidat\*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zum Deutschen  
Bundestag  
entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

40 (7) Die **Kreisverbände** wählen Delegierte für **die Bundesdelegiertenkonferenz**, die  
41 Landesdelegiertenkonferenz, die Wahlversammlung, die FLINTA-Konferenz und den  
42 Landesausschuss.

43 ...

#### 44 **§ 10 Landesarbeitsgemeinschaften**

45 (1) ---

46 (2) Landesarbeitsgemeinschaften sind Arbeitsgruppen mit mindestens drei  
47 Mitgliedern, die von  
48 der Landesmitgliederversammlung, der Landesdelegiertenkonferenz oder vom  
Landesausschuss als  
Landesarbeitsgemeinschaft anerkannt werden.

49 (3) Landesarbeitsgemeinschaften wählen Sprecher\*innen. Sie vertreten die  
50 Landesarbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei, koordinieren die Arbeit und  
51 übernehmen alle  
anderen von derLandesarbeitsgemeinschaft übertragenen Aufgaben.

52 ...

53 (6) Landesarbeitsgemeinschaften sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom,  
54 sofern sie  
55 nicht gegen Grundsatzbeschlüsse (Grundkonsens, Satzung) des Landes- oder  
56 Bundesverbandes  
57 verstoßen. Sie beschließen insbesondere über die ihr Politikfeld betreffenden  
58 politischen  
59 Fragen und Aktivitäten. Sie beraten in ihrem politischen Arbeitsfeld den  
60 Landesverband, die  
61 Bezirke und die Abgeordnetenhausfraktion und leisten ihren Beitrag zum  
62 gemeinsamen  
63 Wahlprogramm und beschließen über ihre daraus abgeleiteten  
Landesarbeitsgemeinschaftswahlprogramme. DieLandesarbeitsgemeinschaften  
beschließen über  
Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und des  
Bundesverbandes.Landesarbeitsgemeinschaften können Wahlempfehlungen für  
Kandidat\*innen zu

Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zum Bundestag und zum Kongress der Europäischen Grünen Partei  
im Sinne einer Empfehlung (Votum) aussprechen.

64 (7) ---

65 (8) Die Landesarbeitsgemeinschaften wählen Delegierte und Ersatzdelegierte für  
66 die jeweilige  
67 Bundesarbeitsgemeinschaft, die gemäß dem Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften  
vom  
Landesvorstand bestätigt werden müssen.

68 (9) Landesarbeitsgemeinschaften beschließen mit einfacher Mehrheit der anwesenden  
69 Mitglieder. Die Termine der Versammlungen sind in geeigneter Form zu  
veröffentlichen.

## 70 § 11 Innerparteiliche Vereinigungen

71 ...

72 (5) Innerparteiliche Vereinigungen haben entsprechend den **Kreisverbänden** der  
73 Partei  
Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie.

74 ...

## 75 Abschnitt III: Organe

76 ...

## 77 § 13 Die Landesmitgliederversammlung

78 ...

79 (2) Die Landesmitgliederversammlung wird auf Verlangen

80 a) der Landesdelegiertenkonferenz,

81 b) des Landesausschusses,

82 c) eines Viertels der **Kreisverbände** und innerparteilichen Vereinigungen,

83 d) 10% der Mitglieder oder

84 e) auf Beschluss des Landesvorstandes einberufen.

85 ...

86 (5) Anträge müssen dem Landesvorstand fünf Wochen vor der  
87 Landesmitgliederversammlung  
88 vorliegen und werden durch ihn den **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften,**  
89 innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.  
90 Änderungsanträge müssen  
91 zehn Tage vor der LMV vorliegen und werden den **Kreisverbänden,**  
92 **Landesarbeitsgemeinschaften,**  
innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich  
gemacht. Über die  
Behandlung nicht fristgerecht gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet  
die  
Landesmitgliederversammlung.

93 Für den Antrag zur Erstellung des Wahlprogramms und Anträge zur Änderung der  
94 Satzung gelten  
95 abweichende Fristen. Der Antrag über das Wahlprogramm muss dem Landesvorstand  
96 neun Wochen  
97 vor der LMV vorliegen und wird durch ihn den **Kreisverbänden,**  
98 **Landesarbeitsgemeinschaften,**  
99 innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.  
100 Änderungsanträge an dem  
101 Antrag über das Wahlprogramm müssen dem Landesvorstand vier Wochen vor der LMV  
102 vorliegen und  
werden durch ihn den **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften,**  
innerparteilichen  
Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. Anträge zur  
Änderung der  
Satzung müssen dem Landesvorstand zehn Wochen vor der LMV vorliegen, den  
Gliederungen durch  
ihn acht Wochen vor der LMV zugänglich gemacht und auf mindestens einem  
Landesausschuss  
besprochen werden.

103 (6) Antragsberechtigt sind **Kreisverbände,** Landesarbeitsgemeinschaften, der  
104 Landesvorstand,  
105 der Landesausschuss, die FLINTA-Vollversammlung/FLINTA Konferenz, die Kleiko  
106 sowie der  
107 Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin, Aktiventreffen und  
108 Mitgliederversammlungen der

Grünen Jugend Berlin, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mindestens fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens drei Frauen, wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist.

109 ...

110 (8) Kandidaturen für Wahlen und Listenaufstellungen sollen mindestens drei Wochen  
111 vor der  
112 Landesmitgliederversammlung dem Landesvorstand vorliegen und werden durch ihn den  
113 **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften**, innerparteilichen Vereinigungen und  
114 Delegierten  
115 spätestens zwei Wochen vor der Versammlung zugänglich gemacht. Die  
**Kreisverbände** und die  
Wahlversammlungen sollen die Aufstellung der Wahlkreisbewerber\*innen der Landes-  
und  
Bundestagswahl vor der Aufstellung der jeweiligen Landesliste abschließen.

116 ...

117 **§ 14 Die Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans\* und agender**  
118 **Personen Vollversammlung**

119 ...

120 (7) Anträge müssen drei Wochen vor Tagungstermin dem Landesvorstand vorliegen und  
121 werden den  
122 Gliederungen, innerparteilichen Vereinigungen und Mitgliedern spätestens zwei  
123 Wochen vor  
124 Tagungstermin elektronisch zugesandt. Über die Behandlung nicht fristgerecht  
125 gestellter  
126 Anträge entscheidet die FLINTA Vollversammlung. Anträge zur FLINTA-  
Vollversammlung sollen  
vorher in den FLINTA-Gruppen der **Kreisverbände, Landesarbeitsgemeinschaften** und  
innerparteilichen Vereinigungen diskutiert werden. Gleiches gilt für Vorschläge  
zur  
Kandidatinnen\*aufstellung.

127 ...

128 **§ 21 Der Landesfinanzrat**

129 (1) Der Landesfinanzrat besteht aus den Finanzverantwortlichen der **Kreisverbände**,

130 der  
131 innerparteilichen Vereinigungen, der/dem Landesschatzmeister\*in sowie zwei  
132 Vertreter\*innen  
133 der Landesarbeitsgemeinschaften, die von den Mitgliedern des LAG Sprecher\*innen-  
134 Rats  
135 mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden. Die  
136 Finanzverantwortlichen der  
**Kreisverbände** und der innerparteilichen Vereinigungen können durch ein Mitglied  
des  
jeweiligen Vorstandes im Landesfinanzrat vertreten werden, für die zwei  
Vertreter\*innen der  
Landesarbeitsgemeinschaften können die Mitglieder des LAG-Sprecher\*innen-Rats  
zwei  
Stellvertreter\*innen wählen.

137 ...

## 138 § 22 Der Diversity-Rat

139 ...

140 (2) Der Diversity-Rat besteht aus der\*dem Sprecher\*in für Vielfalt und  
141 Antidiskriminierung  
142 des Landesvorstands, den Mitgliedern der Antidiskriminierungsstelle des  
143 Landesverbands,  
144 einer\*m gewählten Vertreter\*in des LAG-Sprecher\*innen-Rats und den Diversity  
145 Beauftragten  
der Vorstände der **Kreisverbände** und der innerparteilichen Vereinigungen. Darüber  
hinaus kann  
der Diversity-Rat vier bis sechs kooptierte Mitglieder aufnehmen, die er für zwei  
Jahre  
wählt.

146 ...

## 147 **Abschnitt IV: Verfahrensvorschriften**

### 148 § 24 Quotierung

149 (1) Alle Organe und Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auf einer  
150 Landesmitgliederversammlung, einer Landesdelegiertenkonferenz oder im  
151 Landesausschuss  
152 gewählt werden, sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Diese  
Bestimmung gilt

auch für die Wahlen der Delegierten von **Kreisverbänden**.

153 ...

## 154 § 28 Urabstimmung

155 (1) Die Urabstimmung wird durchgeführt auf Verlangen von:

156 a) der Landesmitgliederversammlung oder der Landesdelegiertenkonferenz,

157 b) des Landesausschusses,

158 c) von mindestens einem Viertel der **Kreisverbände** und innerparteilichen  
Vereinigungen,

159 d) von zehn Prozent der Mitglieder.

160 ...

161 (5) Es entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei das  
162 Ergebnis bei  
163 einer Urabstimmung gemäß Absatz 1 nur bindend ist, wenn sich mindestens ein  
164 Drittel der  
165 Abstimmungsberechtigten beteiligen. Auf Verlangen von drei **Kreisverbänden** wird  
die  
Urabstimmung getrennt nach Bezirken ausgezählt. Diese Auszählung hat nur den  
Charakter eines  
Meinungsbildes.

166 ...

## 167 ALT

## 168 Abschnitt I: Aufgabe, Mitgliedschaft und Mitarbeit

169 ...

## 170 § 8 Ordnungsmaßnahmen

171 ...



172 (2) Ordnungsmaßnahme gegen **Abteilungen, Bezirksgruppen** und innerparteiliche  
173 Vereinigungen  
ist deren Auflösung.

174 ...

## 175 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

### 176 **§ 9 Die Bezirksgruppen**

177 (1) **Eine Bezirksgruppe** hat mindestens drei Mitglieder. **Ihr** Tätigkeitsgebiet  
178 umfasst den  
179 jeweiligen Bezirk des Landes Berlin. Die **Bezirksgruppen** können weitere  
Untergliederungen  
bilden.

180 (2) Die **Bezirksgruppen** tragen den Namen „Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin“ zuzüglich  
181 des Namens  
des Bezirks. Weitere Namensteile sind möglich.

182 (3) Die **Bezirksgruppen** sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom, sofern sie  
183 nicht gegen  
184 die politischen Grundsätze und Programme von Bündnis 90/Die GRÜNEN verstoßen. Sie  
185 können  
186 sich für die Regelung ihrer Angelegenheiten eine Satzung sowie eine Wahl- und  
Geschäftsordnung geben, sonst gilt die Wahl- und Geschäftsordnung der  
Landesmitgliederversammlungen/Landesdelegiertenkonferenzen.

187 (4) Die **Bezirksgruppen** wählen einen Vorstand. Er vertritt **die Bezirksgruppe** nach  
188 außen,  
189 koordiniert die Arbeit **der Bezirksgruppe** und übernimmt alle anderen **von der**  
190 **Bezirksgruppe**  
191 übertragenen Aufgaben. Er umfasst mindestens drei Personen. Ein Mitglied des  
Vorstandes ist  
als Finanzverantwortliche\*r zu benennen. Ein Mitglied des Vorstandes wird für die  
Beurkundung von Wahlvorschlägen nach den Wahlgesetzen benannt.

192 (5) Die **Bezirksgruppen** tagen als Mitgliederversammlungen, in der Regel mindestens  
193 einmal im  
194 Monat. Zu den Versammlungen sind die (Probe-)Mitglieder, die freien  
195 Mitarbeiter\*innen sowie  
Amts- und Mandatsträger\*innen aus dem Bezirk einzuladen. Beschlüsse werden mit  
der Mehrheit  
der anwesenden Mitglieder gefasst.

196 (6) **Die Bezirksgruppe** entscheidet insbesondere über

197 a) die den Bezirk betreffenden politischen Fragen,

198 b) **ihre** politischen Aktivitäten im Bezirk,

199 c) Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und die Gremien des  
Bundesverbandes,

200 d) Verlangen nach Einberufung einer Landesmitgliederversammlung,  
201 Landesdelegiertenkonferenz,  
Bundesdelegiertenkonferenz oder Durchführung einer Urabstimmung,

202 e) den Haushalt **der Bezirksgruppe**,

203 f) die Aufstellung von Kandidat\*innen für die Wahl zur BVV und die Aufstellung  
204 von  
205 Direktkandidat\*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zum Deutschen  
Bundestag  
entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

206 (7) Die **Bezirksgruppen** wählen Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz, die  
207 Wahlversammlung, die FLINTA-Konferenz und den Landesausschuss. **Sie wählen**  
208 **Delegierte für die**  
209 **Bundesdelegiertenkonferenz, wobei sie eine angemessene Vertretung der Abteilungen**  
**berücksichtigen sollen.**

210 ...

## 211 § 10 **Abteilungen und Landesarbeitsgemeinschaften**

212 (1) **Abteilungen bestehen aus einer oder aus einem Zusammenschluss mehrerer**  
213 **thematisch**  
214 **verwandter Landesarbeitsgemeinschaften, die von der Landesmitgliederversammlung,**  
215 **der**  
216 **Landesdelegiertenkonferenz oder vom Landesausschuss als Abteilung anerkannt**  
**sind. In einer**  
**Abteilung müssen mindestens 15 Mitglieder ihr Stimmrecht eingetragen haben. Die**  
**Mitgliederzahl ist jährlich zum Stichtag 1. November zu überprüfen.**

217 (2) Landesarbeitsgemeinschaften sind Arbeitsgruppen mit mindestens drei  
218 Mitgliedern, die von  
219 der Landesmitgliederversammlung, der Landesdelegiertenkonferenz oder vom

220 Landesausschuss als  
221 Landesarbeitsgemeinschaft anerkannt werden.**Eine Landesarbeitsgemeinschaft kann**  
222 **einer**  
**Abteilung angehören oder als solche anerkannt werden.Eine Arbeitsgruppe oder**  
**Landesarbeitsgemeinschaft, die nicht einer Abteilung angehört, kann politische**  
**und**  
**finanzielle Unterstützung vom Landesverband erhalten.**

223 (3) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften wählen Sprecher\*innen. Sie  
224 vertreten die  
225 **Abteilung bzw.**Landesarbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei, koordinieren die  
226 Arbeit und  
übernehmen alle anderen von der **Abteilung bzw.** Landesarbeitsgemeinschaft  
übertragenen  
Aufgaben.

227 ...

228 (6) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften sind in ihrer Tätigkeit  
229 grundsätzlich  
230 autonom, sofern sie nicht gegen Grundsatzbeschlüsse (Grundkonsens, Satzung) des  
231 Landes- oder  
232 Bundesverbandes verstoßen. Sie beschließen insbesondere über die ihr Politikfeld  
233 betreffenden politischen Fragen und Aktivitäten. Sie beraten in ihrem politischen  
234 Arbeitsfeld den Landesverband, die Bezirke und die Abgeordnetenhausfraktion und  
235 leisten  
236 ihren Beitrag zum gemeinsamen Wahlprogramm und beschließen über ihre daraus  
237 abgeleiteten  
238 **Abteilungs- und** Landesarbeitsgemeinschaftswahlprogramme. Die **Abteilungen und**  
Landesarbeitsgemeinschaften beschließen über Beschlussanträge an die Organe des  
Landesverbandes und des Bundesverbandes. **Abteilungen und**  
Landesarbeitsgemeinschaften können  
Wahlempfehlungen für Kandidat\*innen zu Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zum Bundestag  
und zum  
Kongress der Europäischen Grünen Partei im Sinne einer Empfehlung (Votum)  
aussprechen.

239 (7) **Die Abteilungen wählen Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz, die**  
240 **FLINTA**  
241 **Konferenz und den Landesausschuss. Zu den Versammlungen, bei denen Delegierte**  
242 **oder**  
243 **stellvertretende Delegierte gewählt werden sollen, ist unter Angabe der**  
244 **Tagesordnung**  
245 **schriftlich mit einer Frist von zehn Tagen einzuladen. Die Einladungen erfolgen**  
246 **in der Regel**

*per E-Mail. Bei vorheriger Erklärung eines Mitglieds in Textform muss eine Einladung in Papierform zugestellt werden. Maßgeblich für eine ordnungsgemäße Versendung beider Arten der Einladung ist die letzte dem Landesverband bekannte oder mitgeteilte Anschrift bzw. E-Mail-Adresse.*

247 (8) Die Landesarbeitsgemeinschaften wählen Delegierte und Ersatzdelegierte für  
248 die jeweilige  
249 Bundesarbeitsgemeinschaft, die gemäß dem Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften  
vom  
Landesvorstand bestätigt werden müssen.

250 (9) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften beschließen mit einfacher Mehrheit  
251 der  
252 anwesenden Mitglieder. Die Termine der Versammlungen sind in geeigneter Form zu  
veröffentlichen.

## 253 § 11 Innerparteiliche Vereinigungen

254 ...

255 (5) Innerparteiliche Vereinigungen haben entsprechend den **Bezirksgruppender**  
256 Partei Programm-  
, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie.

257 ...

## 258 Abschnitt III: Organe

259 ...

## 260 § 13 Die Landesmitgliederversammlung

261 ...

262 (2) Die Landesmitgliederversammlung wird auf Verlangen

263 a) der Landesdelegiertenkonferenz,

264 b) des Landesausschusses,

265 c) eines Viertels der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und innerparteilichen  
Vereinigungen,

266 d) 10% der Mitglieder oder

267 e) auf Beschluss des Landesvorstandes einberufen.

268 ...

269 (5) Anträge müssen dem Landesvorstand fünf Wochen vor der  
270 Landesmitgliederversammlung  
271 vorliegen und werden durch ihn den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen  
272 Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht. Änderungsanträge müssen zehn  
273 Tage vor der  
274 LMV vorliegen und werden den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen  
Vereinigungen  
und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. Über die Behandlung nicht  
fristgerecht  
gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet die  
Landesmitgliederversammlung.

275 Für den Antrag zur Erstellung des Wahlprogramms und Anträge zur Änderung der  
276 Satzung gelten  
277 abweichende Fristen. Der Antrag über das Wahlprogramm muss dem Landesvorstand  
278 neun Wochen  
279 vor der LMV vorliegen und wird durch ihn den **Bezirksgruppen,**  
280 **Abteilungen**, innerparteilichen  
281 Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht. Änderungsanträge an dem Antrag  
282 über das  
283 Wahlprogramm müssen dem Landesvorstand vier Wochen vor der LMV vorliegen und  
werden durch  
ihn den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen Vereinigungen und  
Delegierten  
frühestmöglich zugänglich gemacht. Anträge zur Änderung der Satzung müssen dem  
Landesvorstand zehn Wochen vor der LMV vorliegen, den Gliederungen durch ihn acht  
Wochen vor  
der LMV zugänglich gemacht und auf mindestens einem Landesausschuss besprochen  
werden.

284 (6) Antragsberechtigt sind **Kreisverbände**, Landesarbeitsgemeinschaften, der  
285 Landesvorstand,  
286 der Landesausschuss, die FLINTA-Vollversammlung/FLINTA Konferenz, die Kleiko  
287 sowie der  
288 Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin, Aktiventreffen und  
289 Mitgliederversammlungen der

Grünen Jugend Berlin, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mindestens fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens drei Frauen, wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist.

290 ...

291 (8) Kandidaturen für Wahlen und Listenaufstellungen sollen mindestens drei Wochen  
292 vor der  
293 Landesmitgliederversammlung dem Landesvorstand vorliegen und werden durch ihn  
294 den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten  
295 spätestens  
296 zwei Wochen vor der Versammlung zugänglich gemacht. Die **Bezirksgruppen** und die  
Wahlversammlungen sollen die Aufstellung der Wahlkreisbewerber\*innen der Landes-  
und  
Bundestagswahl vor der Aufstellung der jeweiligen Landesliste abschließen.

297 ...

298 **§ 14 Die Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans\* und agender**  
299 **Personen Vollversammlung**

300 ...

301 (7) Anträge müssen drei Wochen vor Tagungstermin dem Landesvorstand vorliegen und  
302 werden den  
303 Gliederungen, innerparteilichen Vereinigungen und Mitgliedern spätestens zwei  
304 Wochen vor  
305 Tagungstermin elektronisch zugesandt. Über die Behandlung nicht fristgerecht  
306 gestellter  
Anträge entscheidet die FLINTA Vollversammlung. Anträge zur FLINTA-  
Vollversammlung sollen  
vorher in den FLINTA-Gruppen der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und  
innerparteilichen  
Vereinigungen diskutiert werden. Gleiches gilt für Vorschläge zur  
Kandidatinnen\*aufstellung.

307 ...

308 **§ 21 Der Landesfinanzrat**

309 (1) Der Landesfinanzrat besteht aus den Finanzverantwortlichen der  
310 **Bezirksgruppen**, der

311 innerparteilichen Vereinigungen, der/dem Landesschatzmeister\*in sowie zwei  
312 Vertreter\*innen  
313 der Landesarbeitsgemeinschaften, die von den Mitgliedern des LAG Sprecher\*innen-  
314 Rats  
315 mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden. Die  
316 Finanzverantwortlichen der  
**Bezirksgruppen** und der innerparteilichen Vereinigungen können durch ein Mitglied  
des  
jeweiligen Vorstandes im Landesfinanzrat vertreten werden, für die zwei  
Vertreter\*innen der  
Landesarbeitsgemeinschaften können die Mitglieder des LAG-Sprecher\*innen-Rats  
zwei  
Stellvertreter\*innen wählen.

317 ...

## 318 § 22 Der Diversity-Rat

319 ...

320 (2) Der Diversity-Rat besteht aus der\*dem Sprecher\*in für Vielfalt und  
321 Antidiskriminierung  
322 des Landesvorstands, den Mitgliedern der Antidiskriminierungsstelle des  
323 Landesverbands,  
324 einer\*m gewählten Vertreter\*in des LAG-Sprecher\*innen-Rats und den Diversity  
325 Beauftragten  
der Vorstände der **Bezirksgruppen** und der innerparteilichen Vereinigungen. Darüber  
hinaus kann  
der Diversity-Rat vier bis sechs kooptierte Mitglieder aufnehmen, die er für zwei  
Jahre  
wählt.

326 ...

## 327 **Abschnitt IV: Verfahrensvorschriften**

### 328 § 24 Quotierung

329 (1) Alle Organe und Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auf einer  
330 Landesmitgliederversammlung, einer Landesdelegiertenkonferenz oder im  
331 Landesausschuss  
332 gewählt werden, sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Diese  
333 Bestimmung gilt  
auch für die Wahlen der Delegierten von **Bezirksgruppen und Abteilungen, mit**

*Ausnahme der  
Abteilungen, die sich mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen beschäftigen.*

334 ...

## 335 § 28 Urabstimmung

336 (1) Die Urabstimmung wird durchgeführt auf Verlangen von:

337 a) der Landesmitgliederversammlung oder der Landesdelegiertenkonferenz,

338 b) des Landesausschusses,

339 c) von mindestens einem Viertel der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und  
340 innerparteilichen  
Vereinigungen,

341 d) von zehn Prozent der Mitglieder.

342 ...

343 (5) Es entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei das  
344 Ergebnis bei  
345 einer Urabstimmung gemäß Absatz 1 nur bindend ist, wenn sich mindestens ein  
346 Drittel der  
347 Abstimmungsberechtigten beteiligen. Auf Verlangen von drei **Bezirksgruppen** wird die  
Urabstimmung getrennt nach Bezirken ausgezählt. Diese Auszählung hat nur den  
Charakter eines  
Meinungsbildes.

## Begründung

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände



nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitagen ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>